

Panik durch Prognose

Die Deuter der Zukunft haben nicht nur zum Jahreswechsel Hochkonjunktur. Düstere Bevölkerungsprognosen machen immer Schlagzeile. Und stimmen oft nicht.

Heike Hausensteiner

„Per Anhalter durch die Galaxis“ lässt der Autor Douglas Adams einen Computer den Sinn des Lebens ausrechnen. Ergebnis: 42. Soll heißen: Mit einer Antwort ist nichts anzufangen, wenn die entsprechende Frage nicht präzise gestellt war.

Ähnliches gilt für Zukunftsprognosen in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung. Europa altert - na und? Werden die staatlichen Sozialleistungen und Bildungsmöglichkeiten irgendwann unfinanzierbar? Stirbt Österreich aus? Was wissen wir? Zumindest, dass die Geburtenrate seit 2002 von 1,35 auf 1,42 Kinder pro Österreicherin - statistisch gerade noch messbar - gestiegen ist. Aber seriöse Angaben für die Zukunft zu machen wird für Statistiker immer schwieriger.

Die Ein- und Auswanderungsbewegungen sind laut dem Demografen Wolfgang Lutz von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften hauptverantwortlich für Prognosefehler in der Bevölkerungsentwicklung. Entscheidend seien zum einen Krisen in bestimmten Regionen der Welt und zum anderen Regierungsbeschlüsse, ob es etwa rigidere Einwanderungsbestimmungen oder Rückführmaßnahmen gebe. So reicht das Spektrum, was die Einwohnerzahl Österreichs im Jahr 2030 betrifft, von 7,5 bis neun Millionen. „Demografie ist nur zum Teil Schicksal. Je weiter wir in die Zukunft gehen, umso mehr Spielraum, abhängig von Geburtenrate und Migration, haben wir“, sagt Lutz.

Dessen ungeachtet werden Prognosen landauf, landab unhinterfragt zitiert. Doch es geht nicht um vages Hellsehen von Zukunftsdeutern, die zum Jahreswechsel Hochsaison haben. Gerade sozial- und wirtschaftspolitische Prognosen ziehen Beschlüsse nach sich, die deutliche Spuren in der Struktur eines Staates und im Meinungsbild der Bevölkerung hinterlassen.

Die Bevölkerungsentwicklung scheint im deutschsprachigen Raum ein Stiefkind der Wissenschaft und besonders anfällig zu sein für Panikmache. Im Gegensatz dazu habe es in Frankreich immer schon demografische Forschung gegeben, erklärt Wolfgang Lutz. Auf Grund der Nazizeit, wo das

Thema rassistisch geprägt gewesen sei, sei es hingegen in Deutschland und Österreich immer noch ein heikles Terrain.

Mit der Angst lassen sich Gewinne machen Und das Angstbild in den Medien feiert fröhliche Urständ, wie Gerd Bosbach von der Fachhochschule Koblenz belegt. Er zitiert Schlagzeilen wie „Der letzte Deutsche. Auf dem Weg zur Greisenrepublik“ („Der Spiegel“, 2003) ebenso wie die apokalyptischen Prophezeiungen in Frank Schirrmachers (Herausgeber der „FAZ“) Büchern. Die „Österreichische Neue Tageszeitung“ titelte bereits 1959 „Sozialstaat in Sackgasse“.

Mit der Angst lassen sich Gewinne machen

Die Entwicklung der Bevölkerung sei ein Feld, „auf dem viel Dramatik gezimmert“ werde. „Dass wir altern, wissen wir seit 1870. Das ist nicht erst jetzt ein Drama“, sagt Bosbach. Der Statistiker und Mathematiker beriet in der Vergangenheit auch deutsche Finanzpolitiker. Wer „die Gewinner der Demografie-Panikmache“ sind, ist für ihn klar: die Unternehmer, die die Lohnnebenkosten und Pensionsbeiträge senken wollen; die Versicherungen und Finanzdienstleister, die am Rentenkuchen Anteil haben möchten; die Politiker, die Kürzungen von staatlichen Leistungen mit der demografischen Entwicklung bis 2050 begründen würden. Nicht zuletzt verdienen die Medien selbst an der Panikmache, so Bosbach. „Und die Demografen sonnen sich.“

Der Eurobarometer, eine Meinungsbefragung in Europa, die zwei Mal pro Jahr in allen EU-Ländern gleichzeitig durchgeführt wird, belegt: Die ideale Anzahl der gewünschten Kinder liegt in Österreich bei 1,4. Die Alpenrepublik ist damit EU-Schlusslicht. In Finnland beträgt die gewünschte Kinderzahl 2,6. In dieser Frage stellt Bevölkerungswissenschaftler Lutz „eine große Diskrepanz zwischen Wunsch und Realität“ fest. Nach internationalen Vergleichen sei die Geburtenrate umso höher, je höher die Erwerbstätigkeit der Frauen sei. Hier müsse die Politik tätig werden, appelliert er an die Regierenden.

Arbeit für Ältere

Mythos von der Belastung

Den vermeintlichen "demografischen Belastungsmythos" zu entkräften, versucht auch der Wirtschaftswissenschaftler Gunther Tichy. Prognosen seien unsicher und fehlerhaft und sollten "nicht so hoch gespielt werden". Vielmehr spiegle die Debatte um die Finanzierung der staatlichen Pension ein Verteilungsproblem. In Österreich müsse denn auch in den nächsten 15 Jahren die Beschäftigungspolitik die zentrale Aufgabe der Politik sein. "Nicht Junge erhalten Alte, sondern Arbeitende die Nichtarbeitenden", stellt er klar.

Arbeitsmarkt erholt sich

Bereits jetzt kommt auf einen Arbeitenden ein Nichtarbeitender (z. B. Kind, Pensionist, Arbeitsloser, Hausfrau). Auf Grund der altersmäßigen Bevölkerungsentwicklung werde sich ab 2020 der Arbeitsmarkt entspannen. Die geringere Arbeitslosenzahl und die höhere Zahl der Erwerbstätigen, auch der Älteren, werden sich dann doppelt positiv auf die volkswirtschaftliche Gesamtbelastung auswirken.

Arbeiten wie die Schweden

Wer länger im Erwerbsleben bleibt, braucht weniger Transferzahlungen vom Staat und füllt umso mehr die Staatskasse durch Steuern und Abgaben. Tichy plädiert für eine höhere Erwerbsquote

der 50- bis 65-Jährigen. In Österreich liegt sie bei 48 Prozent, in Schweden - nicht gerade ein "Ausbeuterstaat" - bei 70 Prozent. Dem lebenslangen Lernen sollte ein höherer Stellenwert eingeräumt werden; Ältere, vor allem in bestimmten Branchen wie Bauarbeiter, sollten rechtzeitig auf einen anderen, altersgerechten Arbeitsplatz umsteigen können.

Umlagesystem hat Zukunft

Die Schwierigkeit ist: Nach wie vor werde die Definition der "männlichen Vollzeitarbeit" als Kriterium dafür genommen, ob und wie viel staatliche Pension gewährt wird. Dass mittlerweile der Finanzsektor die Wirtschaftspolitik dominiere, sieht der Volkswirtschaftsexperte als zusätzliches Problem. Das Bedrohungsszenario einer demografischen Belastung müsse als Argument für den Umstieg auf das System der Privaten herhalten. "Nur wenn es keine institutionellen Anpassungen gibt", könne das Umlagesystem (eingezahlte Pensionszahlungen stehen sofort für Pensionsauszahlungen zur Verfügung) nicht mehr finanziert werden. Die Bevölkerung sei bereit, für sichere Pensionen etwas höhere Beiträge zu zahlen. Das ergeben laut Tichy die Eurobarometer-Umfragen.

hh

„Salzburger Nachrichten“, 03.01.2007